

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation (UVEK)
Bundesamt für Strassen ASTRA

vernehmlassungen@astra.admin.ch

Bern, 25. November 2025

Abgabe auf der Fahrleistung von Elektrofahrzeugen oder Steuer auf dem Ladestrom für Elektrofahrzeuge: Stellungnahme des BPUK-Vorstands

Sehr geehrter Herr Bundesrat Röstli
Sehr geehrte Damen und Herren

Das UVEK hat am 26. September 2025 die im Betreff genannte Vernehmlassung eröffnet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und kommen dieser gerne nach.

Grundsätzliche Einordnung

Der BPUK-Vorstand teilt die Einschätzung des Bunderates, dass angesichts der rückläufigen Einnahmen aus den Mineralölsteuern gezielte Massnahmen erforderlich sind, um die nachhaltige Finanzierung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) und der Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV) sicherzustellen. Bund und Kantone benötigen die entsprechenden Mittel für Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Strasseninfrastruktur sowie für die Finanzierung der Projekte des Programms Agglomerationsverkehr.

Vor diesem Hintergrund begrüssen wir die Vorlage im Grundsatz und teilen die Auffassung, dass sich in Zukunft auch Elektrofahrzeuge an der Finanzierung des Strassenverkehrs beteiligen sollten. Basierend auf den Prognosen des ASTRA, die bereits in einigen Jahren Liquiditätsengpässe für den NAF und die SFSV voraussagen, erachten wir den geplanten Einführungszeitpunkt 2030 als nachvollziehbar.

Darüber hinaus teilt der BPUK-Vorstand auch die Grundprinzipien, nach denen die neue Abgabe / Steuer für Elektrofahrzeuge konzipiert werden soll:

- **Grundsatz der Kompensation:** Ziel der neuen Abgabe / Steuer für Elektrofahrzeuge ist, die rückläufigen Einnahmen aus den Mineralsteuer zu kompensieren, nicht Mehrerträge zu generieren.
- **Äquivalenzprinzip:** Die durchschnittliche Abgabe- / Steuerlast für Elektrofahrzeuge soll möglichst gleichwertig ausfallen, wie bei Verbrennerfahrzeugen.

- **Gleichbleibende Mittelverwendung:** Die Einnahmen aus der Abgabe für Elektrofahrzeuge sollen analog den Einnahmen aus der Mineralölsteuer verwendet werden, d.h. die heutige Finanzarchitektur und ihre Mittelflüsse bleiben unverändert.

Keine Hemmnisse schaffen für den Umstieg auf Elektromobilität

Der Umstieg auf Elektromobilität ist in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Es ist daher zentral, dass die neue Regelung den Umstieg auf Elektromobilität nicht zusätzlich hemmt. Es soll daher eine Regelung eingeführt werden, dass die neue Abgabe erst in Kraft tritt, wenn ein ausreichend grosser Anteil von Elektrofahrzeugen (vollelektrisch) am Bestand erreicht wird (z.B. 20%). So wird sichergestellt, dass die Regelung erst greift, wenn die Elektromobilität genügend stärker etabliert ist.

Weitere Erwartungen der BPUK an die Umsetzung

In der Vernehmlassungsvorlage werden zwei Varianten (Fahrleistung vs. Ladestrom) für die Erhebung der neuen Abgabe / Steuer für Elektrofahrzeuge vorgeschlagen. Deren Umsetzung bzw. der Vollzug fällt nicht in den Aufgabenbereich der BPUK. Wir verzichten deshalb auf eine detaillierte Bewertung und Priorisierung der beiden Varianten und konzentrieren uns stattdessen auf die wichtigsten (übergeordneten) Erwartungen.

Unabhängig von der gewählten Variante muss das neue Erhebungssystem zuverlässig, einfach, effizient und kostengünstig sein. Dies sowohl aus Sicht der Vollzugsbehörden als auch der Abgabepflichtigen. Darüber hinaus muss das Erhebungssystem manipulationssicher sein, so dass die korrekte Entrichtung der Abgabe / Steuer auch ohne kostspielige Kontroll- und Durchsetzungsmassnahmen sichergestellt werden kann. Weiter sollte eine möglichst technologie neutrale Umsetzung angestrebt werden, damit künftige, heute noch nicht absehbare Entwicklungen, später noch mitberücksichtigt werden können. Ausserdem sind bei der Abgabbeerhebung die Grundsätze des Datenschutzes (namentlich «Privacy by Design» und «Privacy by Default») einzuhalten.

Im Rahmen der Arbeiten an der Vorlage wurde als Alternative zu den beiden obenstehenden Varianten auch eine pauschale Abgabe für alle E-Fahrzeuge geprüft und verworfen. Wir teilen die Einschätzung des Bundesrates, dass eine pauschale Abgabe nicht verursachergerecht wäre, da sie in keinem Verhältnis zum Umfang der Infrastrukturnutzung steht und unter anderem bezüglich Nachhaltigkeit falsche Anreize setzen würde.

Keine Sparmassnahmen durch die Hintertür: Anpassung von Art. Art. 86 Abs. 2 Bst. b der Bundesverfassung

Neben der Einführung einer neuen Abgabe / Steuer für E-Fahrzeuge soll mit der Vorlage auch eine weitreichende Anpassung der Bundesverfassung vorgenommen werden. Konkret sollen die Reinerträge aus der Automobilsteuer künftig nur noch im Umfang von mindestens 50 Prozent in den NAF fliessen (heute sind es 100 Prozent). Diese Anpassung erfolgt im Rahmen des Entlastungsprogramms zur strukturellen Bereinigung der finanziellen Defizite im Bundeshaushalt, so dass neu ein Teil der Automobilsteuer direkt in den allgemeinen Bundeshaushalt fliesst.

Die vorgeschlagene Änderung steht in keinem sachlichen Zusammenhang mit der Einführung einer Abgabe für Elektrofahrzeuge und ist daher im Rahmen dieser Vorlage nicht gerechtfertigt. Eine derart weitreichende finanzpolitische Massnahme hätte im Kontext des Entlastungspakets 27 behandelt werden müssen. Gemäss dem Voranschlag des Bundes für das Jahr beträgt der Reinertrag aus der

Automobilsteuer jährlich rund 588 Mio. Franken, was etwa einem Fünftel der gesamten Einlagen in den NAF entspricht. Die vorgesehene Aufweichung der Zweckbindung der Automobilsteuer würde die Finanzierung des NAF entsprechend erheblich schwächen und damit die langfristige Sicherstellung der Verkehrsinfrastruktur gefährden. **Die vorgeschlagene Verfassungsänderung lehnen wir entschieden ab.**

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**Bau-, Planungs- und
Umweltdirektoren-Konferenz BPUK**

Der Präsident



Jean-François Steiert

Die Generalsekretärin



Mirjam Bütler

Beilage:

-Vernehmlassungsfragebogen

Kopie:

-Mitglieder der BPUK

Rückmeldung zum: Fragebogen zur Vernehmlassung Abgabe auf der Fahrleistung von Elektrofahrzeugen oder Steuer auf dem Ladestrom für Elektrofahrzeuge

Generelle Stellungnahme

Rückmeldung zur Gesamtvorlage	JA
Begründung / Bemerkung	Vgl. Schreiben BPUK in der Beilage.

Detaillierte Stellungnahme

Titel / Frage	1. Allgemeine Einschätzungen
Artikel Detail / andere Informationen	Haben Sie allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassungsvorlage, die über die Beantwortung der nachfolgenden Fragen hinausgehen?
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	JA
Begründung / Bemerkung	<p>Neben der Einführung einer neuen Abgabe / Steuer für E-Fahrzeuge soll mit der Vorlage auch eine weitreichende Anpassung der Bundesverfassung vorgenommen werden. Konkret sollten die Reinerträge aus der Automobilsteuer künftig nur noch im Umfang von mindestens 50 Prozent in den NAF fließen (heute sind es 100 Prozent). Diese Anpassung erfolgt im Rahmen des Entlastungsprogramms zur strukturellen Bereinigung der finanziellen Defizite im Bundeshaushalt, so dass neu ein Teil der Automobilsteuer direkt in den allgemeinen Bundeshaushalt fliesst.</p> <p>Die vorgeschlagene Änderung steht in keinem sachlichen Zusammenhang mit der Einführung einer Abgabe für Elektrofahrzeuge und ist daher im Rahmen dieser Vorlage nicht gerechtfertigt. Eine derart weitreichende finanzpolitische Massnahme hätte im Kontext des Entlastungspakets 27 behandelt werden müssen. Gemäss dem Voranschlag des Bundes für das Jahr beträgt der Reinertrag aus der Automobilsteuer jährlich rund 588 Mio. Franken, was etwa einem Fünftel der gesamten Einlagen in den NAF entspricht. Die vorgesehene Aufweichung der Zweckbindung der Automobilsteuer würde die Finanzierung des NAF entsprechend erheblich schwächen und damit die langfristige Sicherstellung der Verkehrsinfrastruktur gefährden. Die vorgeschlagene Verfassungsänderung lehnt die BPUK entschieden ab.</p>

Titel / Frage	1.1 Befürworten Sie grundsätzlich die Einführung einer Abgabe bzw. Steuer auf Elektrofahrzeuge?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	JA
Begründung / Bemerkung	<p>Der BPUK-Vorstand teilt die Einschätzung des Bunderates, dass angesichts der rückläufigen Einnahmen aus den Mineralölsteuern gezielte Massnahmen erforderlich sind, um die nachhaltige Finanzierung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) und der Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV) sicherzustellen. Bund und Kantone benötigen die entsprechenden Mittel für Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Strasseninfrastruktur sowie für die Finanzierung der Projekte des Programms Agglomerationsverkehr.</p> <p>Vor diesem Hintergrund teilen wir die Auffassung, dass sich in Zukunft auch Elektrofahrzeuge an der Finanzierung des Strassenverkehrs beteiligen sollten.</p>

Titel / Frage	1.2 Befürworten Sie die Variante «Fahrleistung» gegenüber der Variante «Ladestrom»?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	<p>Die Umsetzung und der Vollzug der neuen Abgabe / Steuer für Elektrofahrzeuge fällt nicht in den Aufgabenbereich der BPUK. Wir verzichten deshalb auf eine detaillierte Bewertung und Priorisierung der beiden Varianten und konzentrieren uns stattdessen auf die wichtigsten (übergeordneten) Erwartungen.</p> <p>Unabhängig von der gewählten Variante muss das neue Erhebungssystem zuverlässig, einfach, effizient und kostengünstig sein. Dies sowohl aus Sicht der Vollzugsbehörden als auch der Abgabepflichtigen. Darüber hinaus muss das Erhebungssystem manipulationssicher sein, so dass die korrekte Entrichtung der Abgabe / Steuer auch ohne kostspielige Kontroll- und Durchsetzungsmassnahmen sichergestellt werden kann. Weiter sollte eine möglichst technologieneutrale Umsetzung angestrebt werden, damit künftige, heute noch nicht absehbare Entwicklungen, später noch mitberücksichtigt werden können. Ausserdem sind bei der Abgabbeerhebung die Grundsätze des Datenschutzes (namentlich «Privacy by Desing» und «Privacy by Default») einzuhalten.</p>

Titel / Frage	1.3 Befürworten Sie die Variante «Ladestrom» gegenüber der Variante «Fahrleistung»?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	1.4 Befürworten Sie das Äquivalenzprinzip zur Festlegung der Höhe der Abgabe bzw. der Steuer, d.h. das Ziel einer Gleichbehandlung der verschiedenen Antriebsarten (Benzin/Diesel vs. elektrisch) (Ziff. 2.1.3.1 und 6.1.3.1 im erläuternden Bericht)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	JA
Begründung / Bemerkung	

Titel / Frage	1.5 Würden Sie anstelle der beiden vorgeschlagenen Varianten («Fahrleistung» und «Ladestrom») eine pauschale Abgabe für alle Elektrofahrzeuge bevorzugen?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	NEIN
Begründung / Bemerkung	Eine pauschale Abgabe wäre nicht verursachergerecht, da sie in keinem Verhältnis zum Umfang der Infrastrukturnutzung steht und in Punkto Nachhaltigkeit falsche Anreize setzen würde.

Titel / Frage	1.6 Sind Sie mit dem vorgesehenen Einführungszeitpunkt 2030 für die Erhebung einer Abgabe bzw. einer Steuer auf Elektrofahrzeuge einverstanden?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	NEIN
Begründung / Bemerkung	Der Umstieg auf Elektromobilität ist in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Es ist daher zentral, dass die neue Regelung den Umstieg auf Elektromobilität nicht zusätzlich hemmt. Es soll daher eine Regelung eingeführt werden, dass die neue Abgabe erst in Kraft tritt, wenn ein ausreichend grosser Anteil von Elektrofahrzeugen (vollelektrisch) am Bestand erreicht wird (z.B. 20%). So wird sichergestellt, dass die Regelung erst greift, wenn die Elektromobilität genügend stark etabliert ist.

Titel / Frage	1.7 Befürworten Sie die vorgeschlagene Anpassung der Bundesverfassung, wonach die Einnahmen aus der Abgabe bzw. der Steuer auf Elektrofahrzeuge analog zu den Einnahmen aus den Mineralölsteuern verwendet werden sollen (Ziff. 3.1 und 7.1)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	JA
Begründung / Bemerkung	

Die Fragen ab 2.0 beziehen sich auf die Varianten «Fahrleistung» und «Ladestrom». Da sich die BPUK dazu nicht äussert, wird dieser Teil des Fragebogens nicht ausgefüllt.

Titel / Frage	2. Variante «Fahrleistung» (Bundesgesetz über eine Abgabe auf der Fahrleistung von Elektrofahrzeugen, EFAG)
Artikel Detail / andere Informationen	Haben Sie allgemeine Bemerkungen zur Variante «Fahrleistung», die über die Beantwortung der nachfolgenden Fragen hinausgehen?
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.1 Halten Sie die Variante «Fahrleistung» für grundsätzlich umsetzbar?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.2 Befürworten Sie die Tariffifferenzierung nach Fahrzeugarten (Ziff. 2.1.3.1 / Art. 8 Abs. 2 und Anh. 2, Ziff. 1 EFAG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.3 Befürworten Sie das Tarifmodell, welches das zulässige Gesamtgewicht des Fahrzeugs berücksichtigt (Ziff. 2.1.3.1 / Anh. 2, Ziff. 1 EFAG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.4 Befürworten Sie, dass für Plug-in-Hybrid-Fahrzeuge der Tarif 50 Prozent des Tarifs für batterieelektrische Fahrzeuge beträgt (Ziff. 2.1.3.2 / Anh. 2, Ziff. 1.2 EFAG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.5 Befürworten Sie die Einführung einer pauschalen Abgabe für die Abgabekategorien «Motorräder» und «Motorfahrräder» (Ziff. 2.1.3.5–6 / Art. 9 und Anh. 2, Ziff. 2.1 EFAG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.6 Befürworten Sie, dass auch ausländische Elektrofahrzeuge der Abgabe unterliegen (Ziff. 2.1.4 / Art. 7 EFAG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.7 Befürworten Sie, dass Halter von im Ausland immatrikulierten Fahrzeugen der Abgabekategorien «Personenwagen» und «leichte Nutzfahrzeuge» zwischen einer pauschalen Abgabe und einer fahrleistungsabhängigen Erhebung wählen können (Ziff. 2.1.4, 2.1.6.8 / Art. 9 Abs. 2 EFAG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.8 Befürworten Sie, dass Non-Road-Fahrzeuge von der Abgabe befreit werden (Ziff. 2.1.2 / Art. 5 Abs. 1 Bst. a EFAG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.9 Befürworten Sie eine Anpassung der Abgabentarife, damit auch die Mehrwertsteuer berücksichtigt wird, die heute auf den Mineralölsteuern erhoben wird (Ziff. 2.1.5)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.10 Befürworten Sie, dass Abgabepflichtige zwischen Selbstdeklaration und einem zugelassenen Anbieter wählen können (Ziff. 2.1.6.3, Bst. a / Art. 13 Abs. 1 und Abs. 4 EFAG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.11 Befürworten Sie die vorgeschlagene Lösung zur Umsetzung der Erhebung über einen zugelassenen Anbieter (Ziff. 2.1.6.3, Bst. a / Art. 13 Abs. 1 Bst. a EFAG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.12 Befürworten Sie die vorgeschlagene Lösung zur Umsetzung der Erhebung über eine Selbstdeklaration (Ziff. 2.1.6.3, Bst. a / Art. 13 Abs. 1 Bst. b EFAG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	2.13 Würden Sie es bevorzugen, die Abgabeerhebung für inländische Fahrzeuge der Abgabekategorien «Personenwagen» und «leichte Nutzfahrzeuge» ausschliesslich mit der Selbstdeklaration vorzusehen, auch wenn damit die im Ausland gefahrenen Kilometer ebenfalls erfasst würden?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	3. Variante «Ladestrom» (Bundesgesetz über eine Steuer auf dem Ladestrom für Elektrofahrzeuge, EFzStG)
Artikel Detail / andere Informationen	Haben Sie allgemeine Bemerkungen zur Variante «Ladestrom», die über die Beantwortung der nachfolgenden Fragen hinausgehen?
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	3.1 Halten Sie die Variante «Ladestrom» für grundsätzlich umsetzbar?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	3.2 Sind Sie mit dem Vorschlag einer Übergangslösung ab dem Jahr 2030 bis zur Einführung der Ladestromsteuer im Jahr 2035 einverstanden (Ziff. 6.4 / Art. 37 EFzStG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	3.3 Befürworten Sie die Anwendung einer pauschalen Steuer als Übergangslösung für die Jahre 2030–2034 (Ziff. 6.1.3.4 und 6.4 / Art. 37 EFzStG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	3.4 Befürworten Sie, dass ausländische Fahrzeuge während der Übergangsphase 2030–2034 nicht der pauschalen Steuer unterliegen (Ziff. 6.1.3.4)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	3.5 Befürworten Sie, dass schwere Nutzfahrzeuge (über 3,5 Tonnen Gesamtgewicht) während der Übergangsphase 2030–2034 nicht steuerpflichtig sind (Ziff. 6.1.3.4 und 6.4 / Art. 37 EFzStG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	3.6 Sind Sie einverstanden mit dem Vorschlag einer generellen pauschalen Steuer für «Kleinfahrzeuge» (Ziff. 6.1.2 / Art. 5 EFzStG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	3.7 Befürworten Sie das Verbot des Ladens an nicht registrierten Ladeeinrichtungen, z. B. an Haushalts- oder Industriesteckdosen (Ziff. 6.2.4.2 / Art. 18 EFzStG)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2

Titel / Frage	3.8 Befürworten Sie den Verzicht auf ein Kontrollsystem zur Vermeidung von Steuerumgehungen über nicht registrierte Ladeeinrichtungen (Ziff. 6.2.4.7)?
Artikel Detail / andere Informationen	
Akzeptanz (Dropdown auswählen)	Keine Angabe
Begründung / Bemerkung	Siehe Frage 1.2